

62:20 – Zum Stand der Blockaderechtsprechung

Daß man mit dem Instrument der Veröffentlichungs- und Informationspraxis die Rechtsprechung der Gerichte beeinflussen kann, ist bekannt¹. Erst recht kommt es auf eine Kenntnis vorausgegangener Gerichtsentscheidungen in solchen Rechtsbereichen an, in denen bereits von der normativen Vorgabe her der Richter die Meinungen anderer zu berücksichtigen hat. Dies ist bei der Ausformung aller Generalklauseln der Fall, so auch bei § 240 Abs. 2 StGB. Nach unbestrittener Rechtsprechung² ist nämlich für die nach § 240 Abs. 2 StGB anzustellende Verwerflichkeitsprüfung nicht die persönliche Meinung des einzelnen Richters maßgeblich. Vielmehr verweist der Gesetzgeber mangels besserer Kriterien hier auf die »allgemeine Anschauung«. In diesem Sinne hat die Akzeptanz als empirisches Tatbestandselement des § 240 StGB eine die Strafbarkeit begrenzende Funktion. Für die Ermittlung der »allgemeinen Anschauung«^{3a} sind nicht zuletzt die von den Gerichten und in der Rechtswissenschaft geäußerten sozialen Wertvorstellungen von Bedeutung.

Das Bedürfnis nach einer Übersicht über die Blockade-Judikatur liegt auf der Hand. Verzerrungen der Veröffentlichungspraxis führen fast zwangsläufig zu Verzerrungen auch der Folge-Rechtsprechung. Die verbreitete und von den Justizverwaltungen geflissentlich aufrechterhaltene Vorstellung, wonach bei Blockade-Prozessen Verurteilungen dominieren und Freisprüche nur von »linken« Richtern zu erwarten seien, begünstigt die obrigkeitshörigen Richter der »Fließbandprozesse« in denjenigen meist ländlichen Gerichtsbezirken, in denen Atomraketen stationiert sind oder nukleare Entsorgungsanlagen errichtet werden.

Tatsächlich – das zeigen die hier abgedruckten Zusammenstellungen³ – überwiegen die Freisprüche⁴ mit 62 Entscheidungen gegenüber den Verurteilungen mit 20 Urteilen deutlich.

¹ Vgl. dazu etwa Joseph Esser, Vorverständnis und Methodenwahl, Frankfurt 1972, S. 187; Uwe Wesel, Aufklärungen über Recht, Frankfurt 1981, S. 14 ff.; Helmut Kramer, ZRP 1976, S. 84 ff. Aus konservativer Sicht: Klaus Adomeit, JZ 1980, S. 343 ff.

² BGHSt 17, 328, 332; OLG Koblenz NJW 1985, 2432; OLG Köln NJW 1986, 2443; OLG Zweibrücken StrafVerf 1987, 441. Vgl. auch BayObLG JZ 1986, 404, ferner BGHSt 4, 32, wo unter Verwendung der zivilrechtlichen Parallelformel vom »Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden« gesprochen wird. – Vgl. ferner Schönte-Schröder, StGB, 23. Aufl. 1988, § 1, Rdnr. 24 und § 226a Rdnr. 6; Larenz, BGB – Allg. Teil, 6. Aufl. 1983, S. 424 ff.; Gunther Teubner, Standards und Direktiven in Generalklauseln, Frankfurt 1971, S. 113. – Eine ganz andere Frage ist es, ob die herrschende Meinung die genannten empirischen Begriffe lediglich als Leerformeln verwendet, um nicht den Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 StGB zugeben zu müssen.

^{2a} Für das Meinungsbild ist u. a. auch bedeutsam, daß nach einer Umfrage des Emnid-Instituts vom Februar 1987 64% der Bevölkerung sogar Richtern das Recht zubilligen, in der Art der Richterblockade vom 12. 1. 1987 zu demonstrieren (vgl. Kramer, VdJ-Forum 1987 (3), S. 3). Die Kommentatoren der Tages- und Wochenpresse stehen mehrheitlich auf der Seite der Sitzdemonstranten (ein Verzeichnis mit 92 Titeln kann beim Verfasser angefordert werden, ebenso eine Zusammenstellung mit bemerkenswerten Äußerungen hochrangiger Juristen außerhalb der Aufsatzliteratur).

³ Die Verzeichnisse – aufgeteilt nach freisprechenden (bzw. die Tatbestandsmäßigkeit nach § 240 StGB verneinenden) und verurteilenden Entscheidungen – sind alphabetisch nach den Gerichtsorten geordnet. Sie enthalten alle veröffentlichten oder dem Verfasser auf Grund einer Umfrage bis April 1988 bekannt gewordenen unveröffentlichten Urteile oder Beschlüsse. Von jedem Gericht – bei größeren Gerichten: von jedem Spruchkörper – ist in der Regel nur eine, und zwar die jeweils letzte Entscheidung, aufgenommen. Wegen der Bedeutung für den Meinungsstand ist auch – dann unter besonderer Kennzeichnung – solche Judikatur einbezogen, in der die Verwerflichkeitsfrage nur als Vorfrage entschieden worden ist, etwa im Rahmen von § 130 StGB oder von Überprüfungen eines Versammlungsverbots. Berücksichtigt sind ferner zurückverweisende Revisionsurteile mit Aussagetendenz hinsichtlich der Verwerflichkeitsfrage.

⁴ Berücksichtigt sind nur Freisprüche aus Rechtsgründen (Verneinung der Verwerflichkeitsfrage; in drei Fällen wegen zusätzlicher Verneinung der Gewaltfrage).

Bemerkenswert ist, daß der Riß durch alle Gerichtsordnungen, bis hin zu den Oberlandesgerichten, ja bekanntlich sogar durch die Reihen der Bundesverfassungsrichter⁵ geht. Zu berücksichtigen ist weiter, daß die meisten Oberlandesgerichte bislang keine Gelegenheit hatten, sich zu äußern. Dies kann nicht ohne weiteres im Sinne eines »unentschieden« gewertet werden. Das gilt vor allem für OLG-Bezirke (die Mehrzahl!), in denen die Staatsanwaltschaften Blockade-Verfahren jedweder Art von vornherein einstellen oder gegen freisprechende Berufungsurteile der Landgerichte keine Revision einlegen.

Bedenklich erscheint, daß das angeblich so perfekte Juristische Informationssystem JURIS nur einen Bruchteil selbst der in den großen Fachzeitschriften veröffentlichten Blockade-Entscheidungen nachweist⁶. In den von JURIS auszuwertenden Publikationen sind 31 Entscheidungen veröffentlicht (24 Freisprüche, 7 Verurteilungen)⁷. Davon sind bei JURIS nur 15 Entscheidungen (12 Freisprüche, 3 Verurteilungen) erfaßt⁸. Die Justizverwaltungen geben sich auf Anfragen nach dem Ausgang von Blockade-Verfahren teils unwissend⁹, teils halten sie es im unklaren, daß gegenüber den Beteiligten der von wirtschaftlichen Interessengruppen veranstalteten LKW-Blockaden, Trecker-Blockaden usw. in einer mit zweierlei Maß messenden Anklagepraxis keine strafrechtlichen Schritte unternommen worden sind¹⁰.

Der Tendenz in der Rechtsprechung entspricht der Meinungsstand unter den Rechtswissenschaftlern. Von den 55 Aufsätzen, die in den von JURIS »kanonisierten« Fachzeitschriften erschienen sind, verneinen 45 die Verwerflichkeitsfrage, nur 10 Abhandlungen stehen auf der Seite der Verurteilungspraxis. Leider ist auch hier die Auswertung durch JURIS überaus dürftig: Von den genannten 55 Aufsätzen erscheinen in der JURIS-Recherche L (Literatur) nur 3 Titel. Daß von den zu dem

5 Die das 4:4-Patt bestätigende Bastian-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist in NJW 1988, S. 693 ff. abgedruckt. – Im Lüth-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht übrigens noch selbst ganz unbefangenen empirisch danach gefragt, wie sich etwa »angesehene Persönlichkeiten« oder die Presse in der zivilrechtlichen Parallelfrage der Sittenwidrigkeit geäußert haben (BVerfGE 7, 198, 229 f.).

6 Mit diesem dürftigen Ergebnis endete nicht nur eine eigene JURIS-Recherche des Verfassers, sondern auch eine dem Verfasser vom JURIS-Betreiber selbst, der Firma JURIS GmbH, Saarbrücken mit Schreiben vom 24. 9. 1987 gelieferte Recherche.

7 Insgesamt sind 33 Entscheidungen veröffentlicht. Der Umstand, daß JURIS satzungsmäßig nur die größeren und mittleren Fachzeitschriften auswertet, die in geringerer Auflage erscheinenden kritischen Publikationen aber weitgehend ausspart, stellt einen schwerwiegenden Mangel im JURIS-System dar, der sich in einer Unterdrückung gerade der Entscheidungen der Gerichte erster Instanz – mit ihrer mitunter innovativen Tendenz – auswirkt. Schwer erklärlich ist es, warum bei JURIS auch die Mehrzahl der in den großen Fachzeitschriften abgedruckten Entscheidungen übersehen worden ist. Auch die wichtigen Rechtsprechungsberichte von Karl Leb, KJ 1984, S. 202 ff. und Günter Frankenberg, KJ 1985, S. 301 ff. sowie von Uli Küpper, Rote Robe 1985, S. 14 ff. sind den JURIS-Mitarbeitern entgangen. Diese »manuell« erstellten Rechtsprechungsübersichten sind weitaus hilfreicher als die Nachweise des mit großem finanziellen Aufwand betriebenen JURIS-Systems. – Eine informative Beschreibung von JURIS gibt Jan Kuhlmann, DuR 1988, S. 50 ff.

8 Stichtag für den Vergleich war der 1. 9. 1987, wobei dem JURIS-Betreiber eine Auswertungsfrist von acht Wochen zugewilligt worden ist. Entscheidungen vor 1977 wurden in den Vergleich nicht einbezogen. – Eine erneute Abfrage bei JURIS (am 5. 4. 1988) ergab kein günstigeres Ergebnis. – Für Hinweise auf weitere Mangelfälle bei JURIS wäre der Verfasser dankbar.

9 Der Bundesjustizminister hat unter dem 25. 10. 1985 eine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag über die Judikatur der Blockadeprozesse dahin beantwortet, es fehle an Erhebungen dazu. Tatsächlich waren – was dem BMJ bekannt war – in mehreren Bundesländern seit 1983 die Verfahren statistisch erfaßt, vgl. ÖTV Rpfl. Nr. 37 (Nov. 1986), S. 2.

10 Eine Bitte des Verfassers, etwaige Verurteilungen wegen Nötigung im Zusammenhang mit der »Inntal-Blockade« durch Überlassung der Kopie eines Strafurteils zu belegen, hat das Bayerische Staatsministerium der Justiz unbeantwortet gelassen.

11 Bei fast allen der übersehenen Abhandlungen ergibt sich die schwerpunktmäßige Behandlung des Blockade- bzw. Nötigungsproblems schon aus der Überschrift. – Im Unterschied zur Karlsruher Juristischen Bibliographie (KJB) bleiben bei JURIS Monographien und Festschriftbeiträge praktisch unberücksichtigt. – Ein umfassendes Literaturverzeichnis (insgesamt rund 190 Titel) zu Fragen der Blockade und des Zivilen Ungehorsams kann beim Verfasser angefordert werden (siehe auch Rubrik »Materialien und Informationen« in diesem Heft).

Problemkreis in Monographien und Festschriften erschienenen Abhandlungen mit insgesamt ungefähr 15 wichtigen Beiträgen von JURIS kein einziger Titel erwähnt wird, überrascht nicht mehr. Ausgeklammert sind erst recht die unverzichtbaren Artikel, die in renommierten politikwissenschaftlichen Periodika erschienen sind. Diese Sparsamkeit kommt denjenigen konservativen Richtern entgegen, die sich in ihrem obrigkeitsstaatlichen Vorverständnis gegen alle Einwände abschotten möchten.

Für die neuere Entwicklung verdient Hervorhebung, daß das – für das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd und damit die Blockaden in Mutlangen – als Berufungsinstanz zuständige Landgericht Ellwangen mit Urteil vom 16. 3. 1988 von seiner langjährigen Verurteilungspraxis abgekommen und unter Hinweis auf die 16stündige Totalblockade der Stahlarbeiter in Duisburg-Rheinhausen zur Verneinung der Verwerflichkeitsfrage übergegangen ist. Mit Freisprüchen in den meisten der rund 1000 in Ellwangen noch abhängigen Berufungsverfahren ist zu rechnen. Das Oberlandesgericht Stuttgart – 4. Strafsenat – hat inzwischen mit Vorlagebeschluß vom 17. 12. 1987 die Grundsatzfrage, ob die »Fernziele« (also die eigentlichen Motive zu Blockierer) im Rahmen der Verwerflichkeitsprüfung zu berücksichtigen sind, dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

Entscheidungen zu demonstrativen Sitzblockaden

I. Verwerflichkeit verneint (Stand: 25. April 1988):

1. LG Bad Kreuznach, U. v. 20. 7. 1987 (Js 10973/86 Cs Ns);
2. LG Bad Kreuznach, U. v. 7. 4. 1988 (Js 10855/86)*
3. LG Bonn, U. v. 6. 3. 1985 (StrVert 1985, 191);
4. LG Bonn, U. v. 9. 2. 1987, 6. Strafkammer (36 B 10/85);
5. AG Braunschweig, Beschl. v. 26. 9. 1983 (StrVert 1984, 30);
6. AG Bremen, U. v. 22. 4. 1968, JZ 1969, 79;
7. LG Bremen, U. v. 19. 6. 1986, StrVert 1986, 439;
8. OLG Düsseldorf, U. des 1. Strafsenats ohne Datum, erwähnt bei OLG Düsseldorf (2. Strafsenat) MDR 1987, 784; U. v. 17. 3. 1988 (NS 216/86–10);
9. LG Ellwangen, U. v. 16. 3. 1988 (NS 216/86–10);
10. AG Erlangen; U. v. 15. 11. 1983, StrVert 1984, 28;
11. AG Frankfurt, Beschl. v. 12. 6. 1984 (50 Js 972/84–95 Ds 125), DuR 1984, 332;
12. AG Frankfurt, Beschl. v. 1. 10. 1984 (50 Js 17190/84–954 Ds), Rote Robe 1984, 180;
13. AG Frankfurt, Beschl. v. 13. 11. 1984 (50 Js 10810/84 96 Cs 121), StrVert 1985, 61;
14. AG Frankfurt, U. v. 15. 3. 1985 (50 Js 11828/84–950 (Ls) (Ds)), StrVert 1985, 373;
15. AG Frankfurt, U. v. 19. 6. 1985 (50 Js 11832–95 Cs 110), Betrifft Justiz 3/85, 108 = DuR 1985, 454;
16. AG Frankfurt, Beschl. v. 26. 7. 1985 (50 Js 954/84–96 Cs 110), StrVert 1985, 462;
17. LG Frankfurt, Beschl. v. 19. 3. 1986, StrVert 1986, 254;
18. AG Friedberg, Beschl. v. 5. 7. 1984 (7 Js 20728/83–4a Ds), Rote Robe 1984, 139;
19. AG Friedberg, Beschl. v. 19. 4. 1984, Rote Robe 1984, 138;
20. AG Hamburg, Beschl. v. 20. 10. 1986 (144 AR 16/84);
21. LG Heilbronn, Beschl. v. 15. 1. 1987, MDR 1987, 430;
22. LG Koblenz, U. v. 12. 11. 1984, StrVert 1985, 151;
23. OLG Koblenz, U. v. 27. 6. 1985, NJW 1985, 2432;
24. LG Köln, U. v. 31. 10. 1968, JZ 1969, 80;
25. OLG Köln, U. v. 28. 4. 1983, (3 Ss 128/63), StrVert 1983, 373 = NJW 1983, 2206;
26. OLG Köln, U. v. 16. 9. 1986 (1 Ss 147/85);
27. LG Landau, U. v. 8. 9. 1986 Justizbl. RhPf. 1987, 167;

* Zur Vermeidung einer Doppelzählung wurde dieses neue Urteil des LG Bad Kreuznach in die Summenbildung nicht einbezogen.

28. AG Lingen, U. vom 27. 4. 1984 (10 Ls 12 Js 800/82 (116/83));
29. LG Lübeck, Beschl. v. 26. 9. 1983: Der bloße Aufruf zu Blockaden in einer Studentenzeitung begründet noch keinen Verdacht der Strafbarkeit nach § 111 StGB, StrVert 1984, 207;
30. LG Memmingen, U. v. 2. 3. 1987 (Ns 9 Js 23045/85 Jug);
31. AG München, U. v. 11. 2. 1987: Freispruch von öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (462 Cs 112 Js 5022/86);
32. BayVGH München, Beschl. v. 4. 3. 1987: Unzulässigkeit des Verbotes einer Versammlung über beabsichtigte Sitzblockaden in Mutlangen, StrVert 1987, 208;
33. AG Münster, U. vom 21. 9. 1984 (11 Ls 46 Js 159/83);
34. AG Münster, Beschl. v. 26. 10. 1984: Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens, NJW 1985, 213;
35. AG Münster, U. v. 17. 12. 1985: Freispruch von öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (11 Ls 46 Js 64/85 (AK 108/85));
36. LG Münster, Beschl. v. 3. 6. 1985 (4 Ns 46 Js 188/83), StrVert 1985, 417;
37. LG Münster, Beschl. v. 22. 8. 1986 (7 Qs 61/86 III);
38. LG Münster, U. v. 18. 3. 1987 (8 Ns 46 Js 159/83 (9/87)), StrVert 1987, 442;
39. AG Neuss, U. vom 2. 9. 1984 34 (Cs 810 Js 618/84);
40. AG Neu-Ulm, U. v. 6. 5. 1987 (2 Cs 14 Js 23383/83);
41. AG Nürnberg, Beschl. v. 17. 10. 1983, StrVert 1984, 29;
42. AG Oldenburg, U. v. 5. 6. 1987 (23 Ds 102 Js 34639/86–663/86);
43. OLG Oldenburg, U. v. 14. 9. 1987: Bei Sitzblockaden (hier: gegen Bau eines Kernkraftwerkes) müssen auch sog. Fernziele berücksichtigt werden, StrVert 1987, 489;
44. AG Osterholz-Scharmbeck, Beschl. v. 18. 6. 1987 (5 Ds 29 Js 21307/86–(318/87));
45. AG Osterholz-Scharmbeck, U. v. 5. 11. 1985 (6 Owi 29 Js 25351/84–535/84), DuR 1986, 86;
46. AG Reutlingen, U. v. 18. 7. 1984: Schlichtes Sitzen auf der Fahrbahn ist keine Gewalt (Verwerflichkeitsfrage deshalb nicht geprüft), NSTZ 1984, 508 = StrVert 1985, 62 = NJW 1985, 214;
47. AG Schwäbisch Gmünd, U. v. 15. 1. 1987 (5 Cs 526/86–16);
48. AG Stuttgart, U. v. 3. 8. 1983 (B 33 Cs 2423/83);
49. AG Stuttgart, U. v. 18. 8. 1983 (B 32 Cs 2442/83), DuR 1983, 455;
50. AG Stuttgart, U. v. 26. 9. 1984 (B 33 Cs 3627/83), Betrifft Justiz 2/85, 59;
51. AG Stuttgart, U. v. 21. 2. 1985 (B 32 Cs 3635/83), Betrifft Justiz 2/85, 62;
52. LG Stuttgart, Beschl. v. 29. 9. 1983 (7 Qs 110/83), StrVert 1984, 28;
53. LG Stuttgart, Beschl. v. 21. 10. 1983 (2 Qs 143/83), StrVert 1984, 28;
54. LG Stuttgart, U. v. 13. 4. 1987 (37 Ns 748/86);
55. OLG Stuttgart, Beschl. v. 18. 9. 1987: Zurückverweisung; im Rahmen der Verwerflichkeitsprüfung sind auch die sog. Fernziele zu berücksichtigen (3 Ss 312/87);
56. OLG Stuttgart, Beschl. v. 13. 11. 1987: Zur Bejahung der Verwerflichkeitsfrage genügt der Verstoß gegen irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen, z. B. gegen das Straßenverkehrsrecht, ebensowenig wie der »Einsatz bewußten Rechtsbruches im politischen Meinungskampf« (3 Ss 578/87), StrVert 1987, 538;
57. AG Ulm, U. vom 4. 2. 1985 (4 Cs 4223/83 O 3);
58. AG Verden, U. v. 8. 8. 1983, DuR 1983, 453;
59. AG Wuppertal, Beschl. v. 24. 4. 1984 (86 Ds 12 Js 240/84);
60. AG Wuppertal, U. vom 30. 4. 1984 (82 Ds 12 Js 239/84);
61. LG Zweibrücken, U. v. 23. 1. 1987, StrVert 1987, 206;
62. OLG Zweibrücken, Beschl. v. 4. 11. 1985: Zurückverweisung nach erfolgreicher Sprungrevision der Angeklagten (1 Ss 170/85), StrVert 1987, 441 = NJW 1986, 1055;
63. OLG Zweibrücken, U. v. 28. 8. 1987 (1 Ss 51/87), StrVert 1987, 441 = NJW 1988, 716.

II. Verwerflichkeit bejaht (Stand: April 1988)

1. OLG Düsseldorf, U. v. 10. 12. 1985 (2 Ss 334/85–196/85 II), NJW 1986, 942 = StrVert 1986, 103 = MDR 1986, 424 = NSTZ 1986, 267;
2. OLG Düsseldorf, U. v. 11. 2. 1987 (5 Ss 183/85–164/85 I): In die Verwerflichkeitsprüfung sind auch die sog. Fernziele einzubeziehen, diese dürfen aber nur darauf geprüft werden, ob sie uneigennützig sind oder nicht, nicht auch darauf, ob sie billigens- und achtenswert sind, StrVert 1987, 393 = MDR 1987, 692;

3. OLG Düsseldorf, U. v. 10. 3. 1987: Leitsatz ähnlich wie OLG Düsseldorf v. 11. 2. 1987 (unter Nr. 2 dieses Verzeichnisses), MDR 1987, 784;
4. AG Itzehoe, U. v. 26. 5. 1987 (403 Js 1237/87–18 Ls 48/87);
5. LG Itzehoe, U. v. 2. 12. 1987 (403 Js 1237/87–9 Ns 39/87 II);
6. AG Kaiserslautern, U. v. 25. 7. 1984 (21 Js 1889/84 2 Cs Jug) zit. nach Küpper, Rote Robe 1985, 14;
7. OLG Koblenz, U. v. 29. 10. 1987, NJW 88, 720;
8. München, BayObLG, U. v. 21. 2. 1986 (RReg 5 St 110/85), JZ 1986, 404;
9. München, BayObLG, U. v. 29. 7. 1987: Zurückverweisung nach Revision der StA (RReg 3 St 130/87 a-f), StrVert 1987, 519 = NJW 1988, 718;
10. AG Neuss, U. v. 7. 3. 1985 (7 Cs 810 Js 531/84–137/85);
11. AG Neu-Ulm, U. v. 11. 8. 1986 (Ds 9 Js 23045/85);
12. AG Oldenburg, U. v. 21. 10. 1986 (48 Ls 102 Js 34641/86–71/86);
13. LG Osnabrück, Beschl. v. 27. 4. 1984 (12 Qs 83 X/84), zit. nach Küpper, Rote Robe 1985, 14;
14. AG Simmern, U. v. 8. 4. 1987 (Js 10762/86–Cs);
15. AG Schwäbisch Gmünd, U. v. 26. 10. 1984 (8 Cs 773/84–16), NJW 1985, 211;
16. AG Schwäbisch Gmünd, U. v. 12. 6. 1986 (8 Cs 1049/85–16), NJW 1986, 2445;
17. OLG Stuttgart, U. v. 25. 3. 1986 (1 Ss 112/86; 1 Ss 113/86), MDR 1986, 602;
18. AG Schwandorf, U. v. 19. 1. 1987 (Cs/Js 808/86);
19. OLG Stuttgart, Beschl. v. 27. 1. 1987: Verwerfung der Revision des Angeklagten (3 Ss 478/86);
20. LG Wuppertal, Beschl. v. 6. 8. 1984: Nichteröffnungsbeschluß des AG wurde aufgehoben, Rote Robe 1984, 102.

Nachtrag:

Am 13. 5. 1988 hat der BGH – mit ungewohnter Eile – auf den Vorlagebeschluß des OLG Stuttgart hin entschieden, mit dem Ergebnis, daß die sog. Fernziele erst beim Strafmaß berücksichtigt werden dürfen (1 StR 5/88). Ob diese Entscheidung, mit der der BGH noch über das berühmte Laeppele-Urteil (BGHSt 23, 46 = NJW 1969, 1770) hinausgegangen ist, wirklich das letzte Wort ist, bleibt abzuwarten. Die unterschiedlichen Meinungen werden sich zumindest bei der Strafzumessung, möglicherweise auch in der Anklagepraxis der Staatsanwaltschaften fortsetzen. Vor allem zeigen die hier abgedruckten Urteils-Verzeichnisse, in welch krassem Gegensatz der BGH sich zu der Mehrzahl der mit den Blockaden befaßten Richter befindet.